

N i e d e r s c h r i f t

RAT/007/2015

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Rheine am 29.09.2015

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder des Rates:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Frau Sarah Böhme	SPD	Ratsmitglied
Frau Elke Bolte	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Gerhard Cosse	SPD	Ratsmitglied
Frau Isabella Crisandt	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Nina Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied

Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied

Der 1. stellvertretende Bürgermeister der Stadt Rheine, Herr Udo Bonk, eröffnet die heutige Sitzung des der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verabschiedet Herr Bonk den städtischen Beigeordneten Herrn Axel Linke, der am 13. September 2015 in der Stadt Warendorf zum Bürgermeister gewählt wurde.

Herr Bonk gratuliert Herrn Linke zu dieser Wahl und würdigt anschließend die Projekte und Maßnahmen, die er in seiner Zeit als Beigeordneter der Stadt Rheine von Januar 2011 bis zum heutigen Tage angestoßen und mit Unterstützung seiner Mitarbeiter(innen) und der Politik in seinem Geschäftsbereich umgesetzt habe. Herr Bonk wünscht Herrn Linke für seine neuen Herausforderungen in Warendorf alles Gute und überreicht ihm als äußeres Zeichen seines Dankes einen Blumenstrauß.

Herr Linke bedankt sich anschließend für eine interessante Zeit in Rheine und für die überwiegend gute Zusammenarbeit. Allerdings habe er sich ab und zu etwas sachlichere Diskussionen und weniger persönliche Angriffe der Politik gegenüber der Verwaltung gewünscht, denn die Verwaltung verfüge über sehr engagierte und kompetente Mitarbeiter/innen, die mit großer Fachkompetenz die politischen Entscheidungen vorbereiten und durchführen würden.

Er persönlich werde jedenfalls Rheine in guter Erinnerung behalten und wünsche der Stadt für die Zukunft alles Gute.

Anschließend stellt Herr Bonk auf Befragen fest, dass es keine Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 23.06.2015

0:13:00

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23.06.2015 gefassten Beschlüsse

0:13:10

Herr Krümpel berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Korruptionsvorwürfe gegen Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung Rheine

0:13:30

Herr Krümpel bezieht sich auf die Korruptionsvorwürfe durch den Bürgermeisterkandidaten, Herrn Markus Reiffenschneider, anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung des DGB am 3. September 2015 in Rheine gegen die Mitarbeiter(innen) der Stadtverwaltung Rheine und erklärt, dass nach Mitteilung des Antikorruptionsbeauftragten der Stadt Rheine aktuell keine Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter/innen der Stadt Rheine bekannt seien.

Die durch Herrn Reiffenschneider geäußerten Vorwürfe würden daher seitens der Verwaltung zurückgewiesen. Es sei für die Verwaltung nicht akzeptabel, dass jemand hunderte Mitarbeiter/innen unter Generalverdacht stelle. Daher habe der Antikorruptionsbeauftragte zwecks abschließender Aufklärung und Beendigung dieser Angelegenheit am 24. September 2015 die Staatsanwaltschaft Münster über den Sachverhalt unterrichtet und ausdrücklich um Ermittlungen gebeten, die durch alle Mitarbeiter/innen der Verwaltung unterstützt würden.

Herr Hachmann befürwortet das Vorgehen der Verwaltung gegen die billige Wahlkampfmetapher von Herrn Reiffenschneider. Es könne nicht hingenommen werden, dass alle Mitarbeiter der Verwaltung unter Generalverdacht gestellt würden, ohne dass dabei Namen und Tatsachen genannt würden. Alle Ratsfraktionen würden sich von diesem schlechten Stil des Herrn Reiffenschneider distanzieren und hinter den Mitarbeiter(n)innen der Verwaltung stehen.

3.2. Broschüre über die Gedenkveranstaltungen "In Memoriam"

0:14:25

Herr Krümpel verliest die folgende Information:

„Unter Koordination des Pressereferates ist am 24.09.2015 die Broschüre der Gedenkveranstaltungen: "In Memoriam 09. November - 27. Januar", im Rahmen eines Pressegespräches bekanntgemacht worden. Diese Broschüre befindet sich auch in den vor der Ratssitzung auf Ihren Tischen verteilten Unterlagen.

Bereits zum 6. Mal präsentiert der Arbeitskreis „Gedenken und Erinnern" in diesem Jahr wieder Veranstaltungen zur Gedenkkultur, die an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und deren Opfer erinnern.

Wieder haben viele verschiedene Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich in dem Arbeitskreis engagieren, für den kommenden Herbst und Winter anspruchsvolle Veranstaltungen zusammengetragen, die das Thema „Nationalsozialismus" aufgreifen.

Die Mitglieder des Rates werden gerade aufgrund des aktuellen Geschehens um Teilnahme an diesen Veranstaltungen gebeten."

3.3. Antrag der FDP-Fraktion vom 08.09.2015 an den Rat der Stadt Rheine

0:15:30

Die FDP-Fraktion beantragt die Prüfung, Ausarbeitung und Implementierung einer Nachhaltigkeitssatzung innerhalb der Hauptsatzung der Stadt Rheine, um den städtischen Haushalt für die Zukunft wieder auf ein solides finanzielles Fundament zu setzen und den Eigenkapitalverzehr zu stoppen.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages an die Verwaltung zur Prüfung der Umsetzbarkeit des Antrages mit anschließender Beratung im Haupt- und Finanzausschuss.

Die Ratsmitglieder widersprechen dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung nicht.

3.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 14.09.2015 an den Rat der Stadt Rheine

0:16:05

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

1. Die Stadt Rheine soll gegenüber dem Landesministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter den Beitritt zu der Vereinbarung für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge erklären.
2. Der Umsetzung der Vereinbarung soll unverzüglich in die Wege geleitet und der Austritt aus dem Solidarfonds des Kreises geprüft und ggfls. veranlasst werden.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages zur Vorberatung an den Integrationsrat und den Sozialausschuss.

Die Ratsmitglieder widersprechen dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung nicht.

3.5. Informationsveranstaltung über die künftige Zusammenlegung von Hauptschulen

0:16:50

Frau Karasch informiert über eine Informationsveranstaltung für die Eltern der Schüler der 8. und 9. Klassen der Don-Bosco-Schule am 1. Oktober 2015 um 19:00 Uhr in der Aula der Don-Bosco-Schule bezüglich der künftigen Zusammenlegung der Don-Bosco-Schule und der Overbergschule ab dem Schuljahr

2016/2017. Da diese Thematik anschließend nach Vorberatung im Schulausschuss dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werde, empfiehlt sie den Fraktionsvorsitzenden sowie den jeweiligen schulpolitischen Sprechern der Fraktionen an dieser Veranstaltung teilzunehmen, um das Meinungsbild der Eltern mit in die anschließenden Beratungen nehmen zu können.

**4. Änderungen in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: 323/15**

0:19:00

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 04.09.2015 die folgende Änderung in der Besetzung des

Jugendhilfeausschusses:

Stellv. Mitglied und damit persönlicher Vertreter von SB Nelson Rodriguez:

RM Michael Reiske anstelle von SB Hendrik Börger

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Änderungen in der Besetzung des Sportausschusses sowie der
Aufsichtsräte der EWG und des TaT
Vorlage: 322/15**

0:19:25

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2015 die Änderungen in der Besetzung der folgenden Gremien:

Sportausschuss:

Mitglied: SB Helmut Glauch, Sandkötters Hof 11, 48429 Rheine, anstelle von RM Heribert Röder

Stellv. Mitglied: RM Heribert Röder anstelle von RM Annette Floyd-Wenke

Aufsichtsrat EWG:

Stellv. Mitglied: SB Helmut Glauch, Sandkötters Hof 11, 48429 Rheine, anstelle von RM Heribert Röder

Aufsichtsrat TaT:

Stellv. Mitglied: SB Helmut Glauch, Sandkötters Hof 11, 48429 Rheine, anstelle von RM Annette Floyd-Wenke

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Auf ergänzendem Antrag von Herrn Ortel beschließen die Ratsmitglieder ferner die folgenden Ausschussumbesetzungen für die Fraktion AfR:

Sozialausschuss:

Mitglied: SB Peggy Fehrmann, Salzbergener Str. 21, 48421 Rheine,
anstelle von SB Silke Albers

Stadtentwicklungsausschuss Planung und Umwelt:

2. stellv. Mitglied: SB Peggy Fehrmann, Salzbergener Str. 21, 48421 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Nachbesetzungen für den Kulturausschuss und den Sportausschuss der Stadt Rheine
- Vorschlag des Beirates für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 316/15**

0:22:00

Beschluss:

Die Ratsmitglieder bestellen auf Vorschlag des Beirates für Menschen mit Behinderung gem. § 58 Abs. 4 GO folgende sachkundige Einwohner/innen und deren Stellvertreter/innen in die nachstehend aufgeführten Ausschüsse:

Kulturausschuss

Mitglied: Frau Ellen Knoop, Steinfurter Straße 128, 48431 Rheine
Stellvertreterin: Frau Heike Barnes, Breite Straße 56, 48431 Rheine

Sportausschuss

Mitglied: Herrn Dirk Winter, Stollbergstraße 18, 48429 Rheine
Stellvertreterin: Frau Anke Riemasch, Hemelter Straße 20, 48429 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Nachbenennung von Mitgliedern für die Stadtteilbeiräte Hauenhorst/Catenhorn, Innenstadt/Hörstkamp und Rodde/Kanalhafen
Vorlage: 280/15**

0:22:35

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine wählt gem. Ziffer 2 der Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte für die Dauer der Wahlzeit des Rates folgende Personen für die Stadtteilbeiräte:

Stadtteilbeirat Hauenhorst/Catenhorn:

Mitglied: Frau Marina Rudolph, Violinenweg 16, 48432 Rheine

Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp:

Mitglied: Frau Ursula Neuhäuser, Bültstiege 10, 48429 Rheine

Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen:

Mitglieder: Herr Holger Klinge, Scheffelstr. 7, 48432 Rheine
Herr Bernd Schumacher, Kaminstraße 16, 48432 Rheine
Frau Annette Schumacher, Kaminstraße 16, 48432 Rheine

Reserveliste: Frau Annette Kloth, Listweg 51, 48432 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Forensik - Verlängerung des Mietvertrages
Vorlage: 324/15**

0:23:10

Herr Hachmann berichtet, dass die CDU-Fraktion dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Rheine zustimmen werde, weil die Fertigstellung der Forensik in Dreierwalde für die nächsten Jahre noch nicht absehbar sei. Es wäre daher unverantwortlich, wenn die Einrichtung in Rheine-Bentlage Ende 2016 schließen würde, vor allem vor dem Hintergrund der guten Erfahrungen, die in der Vergangenheit bezüglich dieser Einrichtung gemacht worden seien.

Unverständlich sei allerdings die Tatsache, dass diese Entscheidung dem Rat erst heute zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Unverständlich sei es auch, dass es weder eine Information der betroffenen Anwohner und des Stadtteilbeirates gegeben habe. Selbst die Mitglieder des Forensik-Beirates hätten das Ergebnis der Vertragsverlängerung aus der Zeitung erfahren müssen. Transparenz und Bürgerfreundlichkeit würden anders aussehen. Völlig unverständlich sei es, dass auch die Mitglieder des Rates diese Information aus der Zeitung hätten erfahren müssen. Weder in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung noch im Haupt- und Finanzausschuss, der immerhin am Tage der Vertragsverlängerung getagt habe, habe es den geringsten Hinweis auf den Vertragsabschluss gegeben. Dabei sei die Diskussion über die Verlängerung des Vertrages mit dem Land im Jahre 2007 kontrovers und leidenschaftlich geführt worden. Altbürgermeister Thum habe sich sogar bei den Bürgerinnen und Bürgern im Wort gesehen und einer Verlängerung des Vertrages bis 2016 erst gar nicht zugestimmt. Gleichwohl habe der Rat in seiner Sitzung am 19. Juni 2007 die Vertragsverlängerung bis zum 31. Dezember 2016 beschlossen. Gleichzeitig sei entschieden worden, dass eine weitere Verlängerung des Vertrages nicht in Betracht komme. Die jetzige Verlängerung des Vertrages durch die Bürgermeisterin sei damit ein klarer Verstoß gegen einen bestehenden Ratsbeschluss und eine Missachtung der Zuständigkeit des Rates.

Die CDU-Fraktion missbillige dieses Vorgehen der Bürgermeisterin ausdrücklich, zumal sie um die Brisanz einer solchen Vertragsverlängerung gewusst habe, denn sie habe am 19. Juni 2007 die Ratssitzung für ein Live-Interview mit dem WDR unterbrochen. Die handelnden Mitarbeiter der Stadtverwaltung hätten sich für das Versäumnis der Verwaltung bereits entschuldigt, obwohl sie 2007 noch gar nicht in Rheine tätig gewesen seien. Nichts weniger als eine solche Entschuldigung erwarte die CDU-Fraktion auch von der Bürgermeisterin.

Herr Roscher bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Hachmann, die aus seiner Sicht in zwei Bereiche zu gliedern seien, und zwar in den inhaltlich-sachlichen und bezüglich der Beteiligung des Rates in den formalen Bereich. Er erinnert daran, dass die SPD-Fraktion 2007 der Verlängerung des Vertrages nicht zugestimmt habe, weil der endgültige Standort für die forensische Klinik seinerzeit noch nicht festgestanden habe und in der ehemaligen holländischen Kaserne eine Dauereinrichtung verhindert werden sollte. Die SPD-Fraktion habe seinerzeit das Land aufgefordert, für die Dauereinrichtung ein faires Standortauswahlverfahren durchzuführen. Es sei auch deutlich gesagt worden, dass, falls sich bei diesem Auswahlverfahren ein anderer Standort in Rheine als der Geeigneteste angesehen worden wäre, die SPD-Fraktion diesen Standort auch unterstützen würde. Es sei der SPD-Fraktion auch nicht darum gegangen, das Land oder die Beschäftigten oder Insassen der forensischen Klinik zu benachteiligen bzw. zu schädigen, denn der Standort Dreierwalde sei seinerzeit noch nicht im Gespräch gewesen.

Die SPD-Fraktion werde heute der nachträglichen Genehmigung der Vertragsverlängerung zustimmen, denn alles andere wäre unverantwortlich.

Bezüglich der von Herrn Hachmann an die Bürgermeisterin geübte Kritik weist Herr Roscher darauf hin, dass sie nicht die alleinige Handelnde gewesen sei. Sie habe zwar den Vertrag mitunterschrieben, sodass sie auch für das Versäumnis mitverantwortlich sei. Sie aber als alleinige Verantwortliche darzustellen, führe aus seiner Sicht zu weit. Er gehe davon aus, dass, wenn die Bürgermeisterin heute in der Ratssitzung anwesend gewesen wäre, sie das Versäumnis auch wie alle anderen betroffenen Mitarbeiter bedauert hätte.

Herr Wilp verweist in diesem Zusammenhang auf das Ratsprotokoll vom 19. Juni 2007, aus dem hervorgehe, dass der Ausschluss des Standortes Bentlage für eine dauerhafte forensische Einrichtung Grundlage des damaligen Ratsbeschlusses gewesen sei. Insofern sei die Argumentation von Herrn Roscher bezüglich der Ablehnung der seinerzeitigen Vertragsverlängerung nicht schlüssig.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine bestätigt den zwischen der Stadt Rheine und dem Land NRW geschlossenen Vertrag über die Verlängerung der Mietdauer der Liegenschaft Rheine, Hohe Allee 110 (forensische Übergangseinrichtung) über den 30.06.2017 hinaus bis zum 30.06.2020 (inkl. Rückbauphase).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeit im Bereich der Flüchtlingshilfe/Migration Antrag Bündnis 90 Die Grünen
Vorlage: 219/15/2**

0:31:55

Herr Ortel weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag mit der Bezeichnung des Tagesordnungspunktes nicht in Einklang zu bringen sei, denn statt der geforderten Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeit im Bereich der Flüchtlingshilfe/Migration würden nun die dafür erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt.

Auf Hinweis von Herrn Brunsch bittet Herr Gausmann, den Beschlussvorschlag um folgenden Deckungsvorschlag zu ergänzen: „Mehreinnahmen aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz“.

Herr Roscher ist davon überzeugt, dass für die Koordinierung der ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Flüchtlingshilfe grundsätzlich eine Stelle eingerichtet werden müsse. Da die Verwaltung im Sozialausschuss aber erklärt habe, dass sie mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag flexibler reagieren könne, werde die SPD-Fraktion diesem zustimmen.

Auch Herr Reiske und Frau Floyd-Wenke signalisieren ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag, wobei Frau Floyd-Wenke davon überzeugt ist, dass die hierfür bereitgestellten Mittel auf Dauer nicht reichen würden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Sozialausschusses für die Koordination ehrenamtlicher Tätigkeiten im Bereich der Migration für das Jahr 2015 einen Betrag von 13.800 € und für die Jahre 2016 und 2017 jeweils 55.000 € zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig in den zuständigen Gremien über die Arbeit und die Verwendung der Mittel zu berichten.

Deckungsvorschlag für die anteiligen Aufwendungen im Jahr 2015:
Mehreinnahmen aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

**10. K 57 (Wadelheimer Chaussee) - Ausbau der Straße
- Satzung über die Herstellungsmerkmale
Vorlage: 248/15**

0:42:25

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Wadelheimer Chaussee (K57) von Goldammerweg bis Brücke B 70 im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 289, Kennwort: „Wadelheim Ost / Sassestraße Teil A I“:

S a t z u n g
über die Herstellungsmerkmale
für den Ausbau der K57 (Wadelheimer Chaussee)
von Goldammerweg bis Brücke B 70

vom _____

Gem. § § 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV.NRW S.208), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 29. September 2015 folgende Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der „Wadelheimer Chaussee (K 57)“ im o.g. Bereich erlassen.

Die o. g. Straße ist abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der z. Z. geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und sie folgende Teileinrichtungen und Herstellungsmerkmale aufweist:

Wadelheimer Chaussee (K57) von Goldammerweg bis Brücke B 70

Ausbau im Trennungsprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
2. Geh- und Radweg in Betonsteinpflaster mit Unterbau
3. Gehwege in Betonsteinplatten mit Unterbau,
in den Zufahrten Betonsteinpflaster mit Unterbau
4. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
5. Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
- "10 Millionen in 10 Jahren - Haushaltsmaßnahmen von CDU
und Bündnis 90/Die Grünen"
Vorlage: 329/15

0:43:10

Herr Krümpel berichtet zur Vorlage und erklärt, dass aufgrund der aktuellen Situation ein Verkauf der Wohnungsgesellschaft aus städtischer Sicht zurzeit keinen Sinn mache. Die Stadt Rheine sei auf die Belegungsrechte im sozialen Wohnungsbau als Steuerungsinstrument angewiesen. Würde dieses Belegungsrecht bei einem Verkauf der Gesellschaft vertraglich abgesichert, würde es auch zu einer Reduzierung des Käuferlöses führen.

Sollte der Rat dem Beschlussvorschlag der Verwaltung heute folgen, werde die Verwaltung dem Rat dann kurzfristig zur dauerhaften Absicherung der Geschäftsführung einen Vorschlag unterbreiten.

Herr Hachmann erinnert daran, dass CDU und GRÜNE den Antrag gestellt hätten zu prüfen, ob es in der Wohnungsgesellschaft Reserven gebe, die zur Verbesserung des städtischen Haushaltes verwandt werden könnten. Dieses sei leider nicht der Fall. Daher werde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen, allerdings mit einer Modifizierung unter Punkt 4 des Beschlussvorschlages, wonach die Verwaltung beauftragt werden solle, einen Vorschlag zur Absicherung der Geschäftsführung zu erarbeiten. Das bedeute, es sei keine Verstärkung der Geschäftsführung mit zusätzlichen Kosten gewünscht, sondern nur eine Absicherung.

Herr Weßling führt aus, dass die Stadt Rheine glücklich sein könne, eine solche Gesellschaft zu haben, um die die Stadt viele andere Kommunen beneiden würden. Diese Gesellschaft habe in der Vergangenheit mit dem Geschäftsführer Raimund Hötker hervorragende Arbeit geleistet, denn es sei zwischenzeitlich neuer bezahlbarer Wohnraum geschaffen worden wie z. B. an der Darbrookstraße. Dafür gebühre Herrn Hötker große Anerkennung und Dank.

Herr Reiske macht deutlich, dass DIE GRÜNEN dem geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion unter Ziffer 4 des Beschlussvorschlages zustimmen werden. Seine Fraktion halte es dringend für erforderlich, dass die Wohnungsgesellschaft fitter gemacht werde, denn sie müsse auf dem Markt schneller reagieren können als bisher, insbesondere aufgrund der sozialen Verantwortung und der sozialen Anforderungen. Nicht nur im Bereich des Zuzuges von Flüchtlingen, sondern auch im Bereich der Unterbringung von Menschen mit sozialen Problemen müsse schneller reagiert werden können. Daher sollte kurzfristig über die künftige Ausgestaltung der Geschäftsführung gesprochen werden.

Herr Roscher stellt fest, dass die Aussagen von Herrn Reiske mit dem Änderungsbeschluss der CDU-Fraktion nicht im Einklang zu bringen seien. Zum einen solle statt einer Verstärkung der Geschäftsführung nur eine Absicherung vorgenommen werden und zum anderen erwarte Herr Reiske eine Leistungssteigerung. Herr Roscher fordert eine Fortentwicklung der Gesellschaft, signalisiert aber dennoch die Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion.

Auch Herr Brunsch sagt die Unterstützung des geänderten CDU-Antrages zu und hofft, dass künftig schneller Taten folgen würden als es seinerzeit bei der Catenhorner Straße der Fall gewesen sei.

Herr Ortel stellt ebenfalls die Zustimmung der AfR zum modifizierten Antrag der CDU-Fraktion in Aussicht, obwohl es ihm schwerfalle, substantielle Veränderungen aufgrund des gesamten Beschlusses zu erkennen.

Auch Frau Floyd-Wenke sagt die Zustimmung der LINKEN zum geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zu, denn die Gesellschaft müsse unbedingt verstärkt im sozialen Wohnungsbau tätig werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine

1. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. beschließt, die Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH als 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Rheine fortzuführen.
3. beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung, den Geschäftsführer anzuweisen, entsprechende Maßnahmen (z. B. Investor für eine Kindertagesstätte) zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit auszuarbeiten und dem Aufsichtsrat vor Umsetzung zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag zur Absicherung der Geschäftsführung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. WLAN in der Innenstadt Vorlage: 326/15

0:58:05

Herr Dr. Janssen berichtet zur Vorlage und erklärt, dass in der gegründeten Arbeitsgruppe eine Umsetzung der Maßnahme mit der Firma Hotspots favorisiert worden sei. Natürlich sei auch die finanziell günstigere Freifunklösung diskutiert worden. Ergebnis der Beratung im Aufsichtsrat sei eine Pattsituation gewesen.

Seit gestern gebe es aber einen neuen Sachverhalt, der die heutige Ratsentscheidung erleichtern sollte, denn die Stadtwerke hätten gestern ihr grundsätzliches Interesse für ein Sponsoring bei einer professionellen Lösung wie das bei der Firma Hotspots geäußert, sodass nun eine qualitativ gute Lösung durch die Firma Hotspots zu den kostengünstigeren Konditionen wie beim Freifunk realisiert werden könne. Insofern plädiere er, Dr. Janssen, für die Beschlussalternative 1 der Vorlage. Er gehe davon aus, dass das erforderliche Budget im Wirtschaftsplan 2016 bereitgestellt werde.

Herr Bonk stellt daraufhin fest, dass der Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 um die Worte „unter Einbeziehung der Stadtwerke“ ergänzt werden sollte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgenden Beschluss zum Aufbau eines öffentlichen WLAN in der Innenstadt:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die EWG - über das Budget RheineMarketing - mit der Umsetzung der Variante 2 a), dem sukzessiven Ausbau des WLAN-Netzes an einzelnen Plätzen der Innenstadt (Marktplatz, Borneplatz und Emsterassen), in Zusammenarbeit mit der Fa. Hotsplots unter Einbeziehung der Stadtwerke für Rheine GmbH.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. EFRE-Förderprojekte "Energieautarker Stadtumbau" und "Kompetenzregion Windenergie"
Vorlage: 327/15**

1:03:40

Herr Dr. Janssen erinnert daran, dass der Rat der Stadt Rheine seinerzeit die EWG, und zwar das Regionalmanagement in der Person von Herrn Dr. Stockhorst, einstimmig beauftragt habe, zur Erreichung der städtischen Ziele, so wie sie im IEHK stünden, Fördermittel zu akquirieren. Im Rahmen der Teilnahme am EFRE-Aufruf „Regio.NRW“ sei es gelungen, zwei Projekte aus Rheine von insgesamt fünf Projekten aus dem gesamten Münsterland als förderwürdig eingestuft zu bekommen. Die Aussicht, die Fördergelder für diese beiden Projekte zu erhalten, sei sehr gut. Dieser Erfolg habe der Stadt Rheine nicht nur in der Region, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen Anerkennung gebracht, denn diese beiden Topthemen seien auch über die Region hinaus von großer Bedeutung.

Wenn der Rat heute beide Maßnahmen beschließen sollte, müssten die Förderanträge binnen acht Wochen gestellt werden. Ab nächste Woche Dienstag würden schon die ersten Gespräche bei der Bezirksregierung anstehen. Der Aufsichtsrat der EWG habe einstimmig bei einer Stimmenthaltung beide Projekte zur Weiterverfolgung empfohlen.

Zwischen der Beschlussempfehlung im Aufsichtsrat der EWG und der Erstellung der Ratsvorlage durch die Verwaltung sei anscheinend das Projekt „Kompetenzzentrum für energieautarken Stadtumbau“ auf der Strecke geblieben, sodass nur noch das Projekt „Windenergie“ weiterverfolgt werden solle. Als Geschäftsführer der EWG bitte er dennoch um Zustimmung zum Empfehlungsbeschluss des Aufsichtsrates der EWG.

Herr Roscher stellt für die SPD-Fraktion den Änderungsantrag, anstelle des Beschlussvorschlages der Verwaltung den Empfehlungsbeschluss des Aufsichtsrates der EWG zu setzen. Die SPD-Fraktion sei davon überzeugt, dass beide Förderprojekte mit dem IEHK im Einklang stünden und die von der Verwaltung dargestellten Probleme bezüglich der Vermarktung der General-Wever-Kaserne dennoch gelöst werden könnten. Selbst wenn dieses nicht der Fall sei und es bei der Vermarktung zu gewissen zeitlichen Verzögerungen kommen sollte, sei der SPD-Fraktion die Zielsetzung des Förderprojektes so wichtig, dass mögliche zeitliche Verzögerungen auch in Kauf genommen werden sollten.

Herr Hachmann begrüßt den Erfolg der EWG, zwei von insgesamt fünf Fördermaßnahmen aus dem Münsterland für Rheine eingeworben zu haben. Die Förderung „Kompetenzregion Windenergie“ setze die Aktivitäten der Stadt Rheine auf diesem Gebiet fort und ergänze die städtischen Bemühungen im Bereich des Kli-

maschutzes. Die CDU-Fraktion werde diesbezüglich der Empfehlung der Verwaltung und des Aufsichtsrates folgen.

Die CDU-Fraktion begrüße auch grundsätzlich das Projekt „Kompetenz für energieautarken Stadtumbau“, von dem sich seine Fraktion theoretische und praktische Erkenntnisse für die künftige energetische Gestaltung von Stadtgebieten erhoffe. Da es bei dem Förderprogramm aber nicht nur bei Planspielen bleiben solle und der bereits begonnene Planungsprozess im Bereich der General-Wever-Kaserne nicht behindert werden solle, wolle die CDU-Fraktion das Projekt auf einem anderen Plangebiet realisieren, wie z. B. im Bereich der Damloup-Kaserne.

Aus diesem Grunde stellt Herr Hachmann für die CDU-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

„Die EWG wird beauftragt, auf Basis der Gespräche mit dem Fördermittelgeber einen Antrag für das Projekt ‚Kompetenzzentrum für energieautarken Stadtumbau‘ zu stellen, wobei das Plangebiet nicht die General-Wever-Kaserne sein soll. Ein entsprechender Ansatz für die zu erbringenden (Mindest-)Eigenanteile soll in den EWG-Wirtschaftsplan für 2016 ff. neu aufgenommen werden.“

Dieser Änderungsantrag sei identisch mit der Empfehlung des Aufsichtsrates der EWG, nur dass hierdurch die General-Wever-Kaserne als Plangebiet ausgeschlossen werde.

Auch Herr Reiske bedankt sich bei der EWG, dass sie es geschafft habe, beide Projekte in diesen Fördergrad zu bringen. Die Stadt Rheine und die Region hätten dadurch eine große Chance, sich weiterzuentwickeln. Es handele sich hierbei um zwei Leuchtturmprojekte, die die Chance hätten, künftig auch noch in anderen Fördermechanismen vorzustoßen.

Der Bereich „Windenergie“ sei dabei völlig unstrittig, weil es hierbei zu einer Bündelung der Kompetenzen, die schon in dieser Region vorhanden seien, führen werde. Auch würden hierbei die Industrie und die Fachhochschule Münster mit-eingebunden werden können.

Zu dem Förderprojekt „Kompetenzzentrum für energieautarken Stadtumbau“ stellt Herr Reiske fest, dass dieses nach seinen Erkenntnissen auf die General-Wever-Kaserne ausgerichtet gewesen sei. Insofern stelle sich für ihn die Frage, ob der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, für dieses Projekt die General-Wever-Kaserne auszuschließen, förderschädlich sein könne.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es wichtig, dass dieses Gesamtkonzept nicht gefährdet werde. Sollte dieses Projekt an die General-Wever-Kaserne gebunden sein, werde es zeitliche Divergenzen geben, die dann im Projektverlauf aufgelöst werden müssten. Insofern bedürfe es hierbei einer intensiven Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen der EWG und der Verwaltung.

Herr Dr. Janssen antwortet, dass die Frage von Herrn Reiske nur in Abstimmung mit den Fördermittelstellen beantwortet werden könne. Wenn man sich die Projektskizze ansehe, werde schon deutlich, dass es sich im Kern absolut um die General-Wever-Kaserne handele, weil es hier eine konkrete Entwicklungsabsicht gebe. Man könne sicherlich darüber diskutieren, ob das Projekt auch auf einer anderen Fläche durchgeführt werden könne. Er, Dr. Janssen, glaube aber, dass

ein solcher Tausch der Fläche bei der Bezirksregierung nicht gut ankommen werde, weil dadurch die Geschäftsgrundlage entzogen werde. Dieses hätte zur Folge, dass es seitens der Stadt Rheine nicht mehr die Möglichkeit gebe, die hierfür vorgesehenen Fördermittel zu beantragen.

Herr Krümpel macht deutlich, dass es neben den planerischen Problemen bei ihm auch Probleme aus finanzieller Sichtweise gebe. Die Umsetzung des EFRE-Projektes würde ca. drei Jahre in Anspruch nehmen. Für diesen Zeitraum erhalte die Stadt Rheine 500.000 € Fördermittel. Was geschehe aber nach dieser Umsetzungsphase, wenn z. B. Strukturen aufgebaut worden seien, die später niemand mehr wolle? Auch müsse für die Umsetzung des Projektes zusätzliches Personal eingestellt werden. Insofern möchte er als Kämmerer schon auf die finanziellen Auswirkungen hinweisen.

Frau Karasch bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Reiske und stellt klar, dass es bei der Umsetzung des Projektes auf dem Gelände der General-Wever-Kaserne nicht an dem guten Willen scheitere, sondern an der zeitlichen Divergenz, denn die Bauleitplanung für die General-Wever-Kaserne sei schon so weit fortgeschritten, dass jede Überprüfung von Ergebnissen aus dem Förderprojekt die Bauleitplanung erheblich verzögern würde.

Herr Reiske stellt klar, dass niemand die Bauleitplanung in der General-Wever-Kaserne verzögern wolle. Ein fachkundiger sachkundiger Bürger der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN habe das Förderprojekt überaus positiv bewertet, denn wenn mit diesem Projekt der Einstieg gelinge, würden sich weitere Entwicklungschancen auf tun. Insofern appelliere er an den Rat, diese Chancen zu sehen und zu nutzen.

Ferner bittet Herr Reiske Herrn Dr. Janssen, seine Vermutung, dass bei Aufgabe des Geländes der General-Wever-Kaserne die Geschäftsgrundlage für das Projekt entfalle, mit der Bezirksregierung abzuklären. Insofern sollte heute der Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates durch den Rat gefolgt werden, um die Förderung nicht zu gefährden, aber wohlwissend, dass man sich ggf. im Rahmen des Prozesses von der Fläche der General-Wever-Kaserne verabschieden müsse.

Herr Hachmann entgegnet, dass die EWG noch sieben Wochen Zeit habe, um in Gesprächen mit der Bezirksregierung abzuklären, ob die Projektförderung auch auf einer anderen Fläche als auf der der General-Wever-Kaserne umsetzbar sei. Insofern sehe er heute keinen Grund, zu diesem Projekt vorschnell eine Entscheidung treffen zu müssen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion über die vorliegenden Änderungsvorschläge zum Beschlussvorschlag bezweifelt Herr Ortel, dass diese Diskussion die Wahrscheinlichkeit für eine positive Entscheidung über die Fördergelder erhöhe.

Daraufhin unterbricht Herr Bonk auf Antrag von Frau Floyd-Wenke die Sitzung um 18:28 Uhr und setzt sie um 18:45 Uhr fort.

Herr Hachmann berichtet anschließend, dass die Fraktionen in der Sitzungsunterbrechung zu dem Ergebnis gekommen seien, dass dem Empfehlungsbeschluss des Aufsichtsrates der EWG gefolgt werden solle, allerdings mit der Ergänzung, dass für die Umsetzung des Projektes auch noch andere Alternativstandorte zu prüfen seien, die begonnene Bauleitplanung in der General-Wever-Kaserne nicht

13. September 2015 Einspruch einzulegen. Er stellt die Frage, wann die Einspruchsfrist gegen die Bürgermeisterwahl ende.

Da die Frage in der Sitzung nicht beantwortet werden kann, sagt Herr Bonk eine schriftliche Antwort zu.

14.2. Grünanlage am Bernburgplatz

2:30:40

Herr Hans Gödden, Humboldtplatz 20, 48429 Rheine, stellt als Mitglied der Bürgerinitiative „Stadthallengrün erhalten“ die Frage, wann eine Entscheidung über den Erhalt bzw. der Bebauung der Grünanlage am Bernburgplatz getroffen werde. Ferner möchte er wissen, ob die Verwaltung oder die Politik diese Entscheidung treffe.

Frau Karasch antwortet, dass zurzeit kein Antrag auf Bebauung der Grünanlage vorliege. Wenn ein solcher Antrag eingereicht werden sollte, müsse zunächst die Bauleitplanung zur Umsetzung des Antrages geändert werden. Die Entscheidung hierüber würde dann nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss "Planung und Umwelt" der Rat treffen.

14.3. Verlängerung des Mietvertrages für die Forensik

2:31:50

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, bezieht sich auf die Vorlage zu TOP 8 „Forensik“ der heutigen Sitzung, in der es in der Begründung heiße, dass die Einholung des Ratsbeschlusses durch die Verwaltung versäumt worden sei. Aufgrund der heutigen Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt möchte er wissen, ob unter dem Begriff „Verwaltung“ die Bürgermeisterin gemeint sei.

Herr Bonk sagt auch in diesem Falle eine schriftliche Beantwortung zu.

15. Anfragen und Anregungen

15.1. Verzögerungen bei der Baumaßnahme auf der Thiegarage

2:33:20

Herr Cosse kritisiert die sich immer wieder verzögernde Fertigstellung der Baumaßnahme auf der Thiegarage. Zunächst sei den Anliegern und Geschäftsleuten erklärt worden, dass die Baumaßnahme Anfang März d. J. abgeschlossen sein werde. Da wegen der Nachtfröste das Bitumen nicht hätte verarbeitet werden können, habe sich der Fertigstellungstermin auf den Anfang der Sommerferien verzögert. Aufgrund weiterer eingetretener Probleme habe es dann geheißen, dass die Maßnahme im September d. J. abgeschlossen werden könne. Man befinde sich jetzt fasst im Oktober, sodass evtl. wieder mit Nachtfrösten und einer erneuten Verzögerung der Baumaßnahme bis ins nächste Jahr gerechnet werden müsse.

Was den Anliegern und den Geschäftsleuten auf dem Thie zugemutet werde, sei nicht mehr hinnehmbar. Er gibt zu bedenken, dass am 19. November der Martinsmarkt auf dem Thie stattfinden solle und die Planungen dazu schon in vollem Gange seien.

Frau Karasch antwortet, dass es sich hierbei nicht um eine Baustelle der Stadt Rheine handele, sodass die Stadt auch nur einen geringen Einfluss darauf habe. Die von der Verwaltung zu dieser Baumaßnahme eingeholten Auskünfte seien stets an die Ratsmitglieder weitergegeben worden.

Herr Cosse gibt zu bedenken, dass mit der Fertigstellung der Emsgalerie auch die Münsterstraße fertiggestellt sein müsse. Er befürchte, dass bei einer derartigen Abwicklung der Baumaßnahme wie auf dem Thie die Münsterstraße erst Jahre später fertiggestellt sein werde. Daher bittet er die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Fall bei der Münsterstraße nicht eintrete.

Frau Karasch antwortet, dass es sich bei der Münsterstraße um eine Baumaßnahme der Stadt Rheine handeln werde, auf die die Verwaltung dann entsprechende Einflussmöglichkeiten habe.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 19:25 Uhr

Udo Bonk
1. stellv. Bürgermeister

Theo Elfert
Schriftführer